

Öffentliches Protokoll Gemeinderatssitzung Nr. 10/23

Datum	Dienstag, 12. September 2023
Ort	Mehrzweckraum Gemeindehaus
Vorsitz	Dietmar Lampert, Vorsteher
Anwesend	Jonas Grubenmann, Vizevorsteher Birgit Beck, Gemeinderätin Esther Kieber, Gemeinderätin Ewald Kieber, Gemeinderat Karin Manhart, Gemeinderätin Christian Meier, Gemeinderat Eva-Maria Nicolussi Vogt, Gemeinderätin Christoph Oehri, Gemeinderat
Als Gast bis Varia Bau	Martin Kaiser, Leiter Bauverwaltung
Protokoll:	Karin Hassler

Protokoll veröffentlicht am 19.09.2023

Gemeinde Schellenberg



Dietmar Lampert, Vorsteher

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Sitzung vom 29.08.2023 wird genehmigt.

Abstimmung: einstimmig.

Antrag um finanzielle Unterstützung vom Landesfeuerwehrtag 2024

Gemeinderat Christoph Oehri tritt in den Ausstand.

Zu Gast im Gemeinderat sind Jürgen Goop OK-Verantwortlicher sowie der Festpräsident und OK Vorsitzender vom Landesfeuerwehrtag 2024.

Sie präsentieren dem Gemeinderat das Konzept und das Programm für den Landesfeuerwehrtag vom 21./22. Juni 2024 in Schellenberg der unter dem Motto "Manche mögen's heiss" stehen wird. Die Vorbereitungszeit beträgt bis anhin 14 Monate und insgesamt fallen über 2'000 Stunden Freiwilligenarbeit an. Die Feuerwehr möchte 13 Jahre nach dem letzten Verbandsfeuerwehrtag die Gemeinde Schellenberg von ihrer besten Seite zeigen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden ist von allen Beteiligten viel Herzblut gefordert.

Grosses Augenmerk legen die Verantwortlichen auf die Nachhaltigkeit. Einerseits mit einem attraktiven Verkehrskonzept andererseits mit der Verwendung von Mehrweggeschirr. Nachhaltigkeit soll nicht nur ein Schlagwort sein – sondern aktiv gelebt werden.

Das Budget vom Landesfeuerwehrtag 2023 beläuft sich auf 120'000 Franken und muss bereits im Vorfeld gesichert sein. Dafür ist die Feuerwehr auf die wohlwollende und wertschätzende Unterstützung von Unternehmern, Gönnern und der Gemeinde Schellenberg angewiesen. Deshalb ersucht die Freiwillige Feuerwehr die Gemeinde Schellenberg um einen Unterstützungsbeitrag an die Kosten vom Landesfeuerwehrtag 2024.

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat genehmigt einen Unterstützungsbeitrag von 15'000 Franken an die Freiwillige Feuerwehr Schellenberg für die Ausrichtung vom Landesfeuerwehrtag am 21./22. Juni 2024. Der fällige Betrag wird ins Budget 2024 aufgenommen, die Auszahlung erfolgt Anfang 2024.

Abstimmung: einstimmig.

(Gemeinderat Christoph Oehri im Ausstand)

Antrag Gemeindegemeinderat um Überprüfung der Schulwegsicherheit

An der Sitzung vom Gemeindegemeinderat vom 04.09.2023 wurde angeregt, die Schulwegsicherheit zu überprüfen, da es verschiedene Stellen gebe, die für Kinder gefährlich seien. Grundsätzlich ist es sehr begrüssenswert, dass die Kinder den Schulweg zu Fuss absolvieren – doch sollte die Sicherheit für die Kinder gegeben sein.

Zu diesem Antrag kann festgehalten werden, dass im vergangenen Jahr unter Einbezug der Schulkinder das Projekt "Schulwegsicherheit" durchgeführt worden ist. Daraus resultierend wurde der Plan "Schulwegempfehlung" erstellt welcher an die Eltern der Schulkinder verteilt worden ist.

Der Plan ist auch auf der Homepage www.schellenberg.li unter dem Punkt Bildung/Organisatorisches abrufbar.

Die Arbeitsgruppe Verkehrsrichtplan wurde an ihrer Sitzung vom 6. September 2023 über das Projekt Schulwegsicherheit informiert.

Es stellt sich die Frage, ob man überlegen sollte, an sehr gefährlichen Standorten mit Schülerlotsen zu arbeiten so wie es in den Gemeinden, Eschen, Mauren, Schaan, Vaduz und Triesen gemacht wird. Diese Lotsen organisieren sich unterschiedlich. Zum Teil direkt über die Schule oder über die Elternmitwirkung. Die Walddorfschule in Schaan arbeitet z.B. mit eigenen Schülerlotsen.

Zwei Gemeinden zahlen den Lotsen einen Stundenlohn und übernehmen die Kosten für die Bekleidung (Warnwesten, Jacken etc.) in anderen Gemeinden organisieren und finanzieren sich die Lotsen entweder über die Schule oder über die Elternmitwirkung.

Debatte im Gemeinderat

Im Rahmen einer sehr emotional und kontrovers geführten Debatte werden verschiedenste Varianten und Möglichkeiten diskutiert, die von fixen Verkehrslotsen über mobile Männchen die auf Gefahren hinweisen können bis zu gar keiner Massnahme reichen. Keiner der diskutierten Vorschläge kann den Gemeinderat überzeugen.

Ein Mitglied des Gemeinderates betont zudem im Rahmen der Debatte, dass für den Schulweg grundsätzlich die Eltern verantwortlich sind und dass die Kinder ab einem gewissen Alter auch Eigenverantwortung übernehmen sollten. Denn die Erlebnisse auf dem Schulweg seien für die Kinder sehr wertvoll. Manchmal sei der direkteste Weg nicht der sicherste Weg. Eltern können gemeinsam mit ihrem Kind anhand des Planes "Schulwege-Empfehlung" einen für sie optimalen Weg festlegen.

Ein anderes Mitglied des Gemeinderates betont, dass er die Gemeinde dennoch in der Pflicht sehe, für einen sicheren Schulweg zu sorgen. Aktuell sei z.B. gerade die Situation bei der Baustelle im Tannwald sehr gefährlich.

Dazu kann festgehalten werden, dass zwischenzeitlich die Gemeindepolizistin, zu den Zeiten, wenn die Schulkinder unterwegs sind, vor Ort ist und die Kinder unterstützt. Die Bauverwaltung hat zudem im Vorfeld den Schulleiter über die Baustelle informiert und dieser hat die Information an die Eltern weitergeleitet.

Die Gemeinde wird auch zukünftig den Schulleiter über Baustellen, welche den Schulweg betreffen, informieren. So sind die Eltern im Vorfeld informiert und können mit ihren Kindern den Schulweg planen. Zudem soll auch die Gemeindepolizistin vermehrt in den Einsatz kommen. Sie kann natürlich nur an einem Ort sein und dafür müsse man auch Verständnis haben. Da sie die gefährlichen Situationen kennt, wechselt sie ihren Standort regelmässig.

Ein anderes Mitglied des Gemeinderates sieht auch die Autofahrer in der Pflicht. Sie sollten ein Auge auf die Schulkinder haben und die Geschwindigkeit entsprechend anpassen. In diesem Zusammenhang regt ein Mitglied des Gemeinderates an, dass sich Tempo 30 bei bestimmten Strassen und Strassenabschnitten in der Gemeinde anbieten würde. Vermeintlich gefährliche Situationen könnten so entschärft werden.

Abschliessend kann zusammengefasst festgehalten werden, dass im Optimalfall nur ein Zusammenspiel aller Beteiligten zu einer guten Lösung führen kann. Die in Kürze stattfindende Verkehrsschulung der neu eingeschulten Kinder durch die Landespolizei bringe sowohl für die Kinder als auch für die Eltern bestimmt mehr Sicherheit. Denn der Verkehrs-Instruktor der Landespolizei schult die Kinder im Kindergartenalter als auch die Erstklässler im Rahmen einer Schulung.

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat gelangt im Rahmen der Debatte einhellig zum Schluss, dass in einem ersten Schritt eine vermehrte Sensibilisierung und Aufklärung von Kindern und Eltern durch geschulte Fachpersonen durchgeführt werden soll.

Abstimmung: einstimmig.

Mittagstisch Pfadfinderhaus

Umsetzung von geforderten Massnahmen für die Sicherheit

Vizevorsteher Jonas Grubenmann tritt in den Ausstand.

Anlässlich einer Begehung vom 13.06.2023 mit Vertretern vom Amt für Soziale Dienste, der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) sowie dem Hauswart und dem Bauführer der Gemeinde wurden diverse Sicherheitsmängel festgestellt. Ein Teil der Mängel konnte ohne grösseren Aufwand durch den Hauswart erledigt werden. Für die Umsetzung der weiteren bemängelten Massnahmen wurden die nachfolgenden Offerten eingeholt.

Mängel	Unternehmer	CHF
Garderobe – Schutz bei Garderobenhaken	Heinz Wohlwend, Schellenberg	60
Fenster - ESG Folie anbringen	Albicker GmbH, Ruggell	2'479
Fenstersicherungen und Notfallzylinder Türen	Ferdi Frick, Schaan	520
Alle Spiegel durch Metallspiegel ersetzen	X-Glas, Vaduz	842
Treppenhaus – Zusätzlicher Handlauf für Kinder	Heinz Wohlwend, Schellenberg	5'053
Türe bei Treppenhaus im 2. OG einbauen		
Klemmstelle bei Schiebetüre Küche		
Bei Nottreppe Tor nicht besteigbar machen	Metallbau Goop, Bendern	4'018
Unterlaufschutz bei Nottreppe und Terrassentreppe		
Kantenschutz bei Terrasse anbringen		
Total Kosten		12'972

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat beschliesst die vom Amt für Soziale Dienste festgestellten Sicherheitsmängel zu beheben und genehmigt dafür einen Kredit von 13'000 Franken sowie einen entsprechenden budgetbezogenen Nachtragskredit.

Abstimmung: einstimmig.
(Vizevorsteher Jonas Grubenmann im Ausstand).

Anzeigeverfahren - Neuinstallation Photovoltaikanlage (Dachmontage) auf dem Grundstück Nr. 395

Die Bauherrschaft beabsichtigt auf ihrem Wohnhaus eine Photovoltaikanlage zu installieren. Das Amt für Hochbau und Raumplanung hat dem Anzeigeverfahren bereits die Baufreigabe erteilt. Der Gemeinderat nimmt das Anzeigeverfahren zur Kenntnis.

Anzeigeverfahren - Neuinstallation Photovoltaikanlage (Dachmontage) auf dem Grundstück Nr. 297

Die Bauherrschaft beabsichtigt auf ihrem Wohnhaus eine Photovoltaikanlage zu installieren. Das Amt für Hochbau und Raumplanung hat dem Anzeigeverfahren bereits die Baufreigabe erteilt. Der Gemeinderat nimmt das Anzeigeverfahren zur Kenntnis.

Anzeigeverfahren - Neuinstallation Photovoltaikanlage (Dachmontage auf Garage) auf dem Grundstück Nr. 355

Die Bauherrschaft beabsichtigt auf dem Garagendach eine Photovoltaikanlage zu installieren. Das Amt für Hochbau und Raumplanung hat dem Anzeigeverfahren bereits die Baufreigabe erteilt. Der Gemeinderat nimmt das Anzeigeverfahren zur Kenntnis.

Varia Bauwesen

Information Reparatur Mostpresse

Vorsteher Dietmar Lampert informiert den Gemeinderat, dass im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Mostpresse in der Mosterei ein Schaden festgestellt worden ist, der umgehend behoben werden musste, damit die Mostsaison in Kürze überhaupt starten kann. Die Kosten von rund 6'700 Franken wurden von der Gemeinde übernommen. Damit möchte die Gemeinde dieses wichtige Kulturgut in der Gemeinde erhalten. Die Gemeinde ist Mitglied in der Mostereigenossenschaft.

Information defekter Lift Sportgebäude

Martin Kaiser, Bauverwaltung, informiert den Gemeinderat, dass der Lift im Sportgebäude wegen einem Blitzeinschlag seit Ende Juni defekt ist. Derzeit laufen Abklärungen mit der Versicherung, ob der Schaden übernommen wird. Der Lift soll aber so rasch als möglich wieder in Betrieb genommen werden. Der Gemeinderat nimmt die Information zur Kenntnis.

Historisches Lexikon FL – Antrag um Unterstützung vom Liechtenstein Institut

Mit Schreiben vom 28.08.2023 stellt das Liechtenstein Institut ein Gesuch um finanzielle Unterstützung vom historischen Lexikon.

Unterstützung durch das Land Liechtenstein

Im Rahmen des Finanzierungsgesuchs des Liechtenstein-Instituts für die Jahre 2024 bis 2027 hat der Landtag am 31. Mai 2023 beschlossen, die Arbeiten des Liechtenstein-Instituts am Historischen Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL) mit einem jährlichen Betrag in der Höhe von 100'000 Franken zu unterstützen. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Qualität und Sichtbarkeit des eHLFL weiter gesteigert werden, indem bestehende Artikel aktualisiert und neue Artikel ergänzt werden. Denn viele der bereits im Jahr 2013 publizierten Artikel bedürfen einer Aktualisierung, und auch die Illustration der Texte soll weiter ausgebaut werden. Nicht zuletzt ist die Aufnahme weiterer, neuer Artikel geplant.

Bei der Antragstellung an die Regierung bzw. an den Landtag stellte das Liechtenstein Institut in Aussicht, im Falle einer Förderzusage vonseiten des Landes mit einem Antrag um Unterstützung in der Höhe von 50'000 Franken an die Gemeinden zu gelangen. Dieser Fall ist nun eingetreten.

Antrag an die Gemeinde Schellenberg

Um die Arbeiten rascher vorantreiben zu können, ersucht das Liechtenstein-Institut, an der bei den Gemeinden insgesamt beantragten Summe von 50'000 Franken für die Periode 2024 bis 2027 einen jährlichen Anteil von 1'410 Franken zu übernehmen. Dieser Betrag ergibt sich aus dem derzeitigen Bevölkerungsanteil der Gemeinde Schellenberg an der liechtensteinischen Gesamtbevölkerung (2,82 % am 31.12.2022).

Sofern die Gemeinde Schellenberg einer Unterstützung vom historischen Lexikon zustimmt, wird diese selbstverständlich auf der Plattform www.historisches-lexikon.li sichtbar gemacht. Auch würde sie im jährlichen Rechenschaftsbericht über die Fortschritte am Lexikon und die Verwendung der Fördermittel orientiert.

Debatte im Gemeinderat

Ein Mitglied des Gemeinderates betont, dass das historische Lexikon wissenschaftlich fundierte Grundlagen bietet und deren Aktualisierung sehr wichtig ist. Die publizierten Informationen können auch für andere Plattformen genutzt werden.

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat genehmigt einen jährlichen Förderbeitrag von 1'410 Franken für die Jahre 2024-2027 an das Liechtenstein-Institut für die Aktualisierung vom elektronischen Historischen Lexikon für das Fürstentum Liechtenstein.

Abstimmung: einstimmig.

Stellungnahme Vernehmlassungsbericht fixe Wahl- und Abstimmungssonntage

Liechtenstein kennt bislang kein System von im Voraus bestimmten Wahl- oder Abstimmungsterminen. Mit einer vom Landtag am 1. März 2023 überwiesenen Motion ist die Regierung beauftragt worden, im Rahmen einer Revision des Volksrechtegesetzes entweder die rechtlichen Grundlagen für fixe Wahl- und Abstimmungssonntage zu schaffen oder alternativ eine Anpassung der für Volksabstimmungen geltenden gesetzlichen Fristen vorzunehmen. Die Neuerung soll eine bessere Planbarkeit und Durchführung von Volksabstimmungen ermöglichen.

Die Argumente der Regierung sind nachvollziehbar. Den Anliegen der Gemeinden konnte mit der Verlängerung der Frist bis zu einem Abstimmungssonntag (neu vier statt drei Monate), der Anpassung der Personen sowie des Verfahrens für die Bescheinigung der Unterschriften bei einer Initiative sowie der Anpassung der Anzahl Personen in der Wahl- und Abstimmungskommission (und damit gleichzeitig der Stimmenzähler/-innen) entsprochen werden.

Die Stellungnahme der Gemeinde kann damit folgendermassen kurz ausfallen:

Die Gemeinde Schellenberg dankt der Regierung für die Gelegenheit, zu diesem Vernehmlassungsbericht Stellung nehmen zu können.

Die Argumente der Regierung, dass keine fixen Abstimmungssonntage eingeführt werden, sind nachvollziehbar. Den Anliegen der Gemeinden konnte mit der Verlängerung der Frist bis zu einem Abstimmungssonntag (neu vier statt drei Monate), der Anpassung der Personen sowie des Verfahrens für die Bescheinigung der Unterschriften bei einer Initiative sowie der Anpassung der Anzahl Personen in der Wahl- und Abstimmungskommission (und damit gleichzeitig der Stimmenzähler/-innen) entsprochen werden.

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat genehmigt die Stellungnahme.

Abstimmung: einstimmig.

Erleichterte Einbürgerung infolge Eheschliessung Aliu Ardit

Dem Gemeinderat liegt das Einbürgerungsgesuch von Aliu Ardit, 9497 Triesenberg, vom 07.07.2023 zur Stellungnahme vor.

Fazit des Gemeinderates

Der Gemeinderat nimmt die erleichterte Einbürgerung infolge Eheschliessung von Aliu Ardit, 9497 Triesenberg zur Kenntnis. Auf eine Stellungnahme wird verzichtet.

Der definitive Einbürgerungsentscheid wird von der Regierung gefällt, weshalb im Gemeinderat keine Abstimmung erfolgen muss.